

Konsumenten müssten noch tiefer in die Tasche greifen!

Am 23. September stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Initiativen «Fair-Food» und «Für Ernährungssouveränität» ab. FDP-Nationalrat und Unternehmer Marcel Dobler erklärt im Interview, mit welchen schwerwiegenden Auswirkungen die Konsumentinnen und Konsumenten bei einer Annahme der beiden Initiativen rechnen müssen.

Marcel Dobler, warum sind Sie gegen die Initiativen? Sind Sie gegen fair produzierte Produkte und Nachhaltigkeit?

Selbstverständlich bin ich nicht gegen fair produzierte Produkte. Nachhaltige Produkte sind mir wichtig. Allerdings setzt sich die Schweiz bereits heute stark für einen hohen ökologischen Standard sowie gute Arbeitsbedingungen ein. Mich stört die Einschränkung der Wahlfreiheit. Heute kann jeder Konsument, jede Konsumentin je nach Budget und Vorlieben kaufen, was er oder sie will. Mit den beiden Initiativen wird jedoch der Import von Produkten verboten, die nicht zu 100 Prozent den Schweizer Regeln entsprechen. Die Schweiz importiert rund 50 Prozent aller Lebensmittel. Wenn plötzlich viele der im Ausland ansässigen Produzenten aufgrund der absurden Gesetzeslage nicht mehr in die Schweiz liefern, hätte dies massive Auswirkungen auf Supermärkte und Gastrobetriebe. Die Produktvielfalt würde sehr stark eingeschränkt werden.

Nebst Produkten, die verschwinden würden, hätte die Annahme der Agrar-Initiativen noch weitere Auswirkungen?

Ja, massiv höhere Lebensmittelpreise. Die beiden Agrar-Initiativen wollen ausländischen Produzenten Schweizer Gesetze aufzwingen. Stellen Sie sich vor, ein anderes Land würde plötzlich von der Schweiz verlangen, seine Gesetze zu übernehmen. Eine absurde Vorstellung, die wir Schweizer niemals akzeptieren würden. Kommt hinzu, dass der Gesetzesvollzug einen immensen staatlichen Kontrollapparat verlangen würde. Und wer würde dieses Bürokratiemonster letztlich bezahlen? Die Konsumentinnen und Konsumenten!

In welcher Form würden dies die Konsumentinnen und Konsumenten bezahlen? Die bereits bestehenden Zollkontrollen werden finanziell auch nicht von den Konsumenten getragen.

Ein so grosser staatlicher Kontrollapparat könnte unmöglich mit den heute verfügbaren Steuergeldern finanziert werden. Das heisst, die Lebensmittelpreise würden massiv ansteigen. Bereits heute bezahlen Schweizerinnen und Schweizer beinahe 70 Prozent mehr für ihr Essen als ihre Nachbarn in der EU. Für Familien mit einem geringen Einkommen kann dies fatal enden. Viele hart arbeitende Familien könnten es sich schlicht nicht mehr leisten, ihren täglichen Bedarf an Lebensmitteln zu decken.